

1. Zusammenwirken Ministerium- Hochschulen

Wie ein roter Faden zieht sich durch den Gesetzentwurf eine ministerielle Macht, die nicht nur einer künftigen weitgehenden Autonomie der Hochschulen diametral entgegengesetzt ist (was unter dem Erneuerungsgesichtspunkt und der beschränkten Laufzeit des Gesetzes noch verständlich wäre), sondern auch die jetzt schon drückende Schwerfälligkeit bei Veränderungen als fortbestehendes Element programmiert. Belege für diese Aussage finden sich in unbegrenzter Zahl (beginnend bei § 2, Abs. 2 zweiter Satz, in dem die staatliche Einflussnahme auf Inhalte und Formen von Lehre und Studium postuliert wird, über § 3, Abs. 2 – Förderung (und damit Steuerung) von Forschungsschwerpunkten durch zuständige Hochschulorgane bis hin zu den unzähligen Zustimmungspflichten und unbegrenzten Eingriffsmöglichkeiten – Anweisen von Ordnungsmaßnahmen § 45, Abs. 5/Art und Weise der Ausschreibung von Professuren § 49, bereits Zusammenwirken zwischen Hochschule und staatlichem Organ bei der Aufstellung des Vorschlags zur Wahl des Rektors § 82, Abs. 4, Ziff. 3); kritisch ist dabei nicht nur die Bestimmungspflicht fast jeder Entscheidung, die über den Rahmen einer unterhalb des Fachbereiches angesiedelten Einrichtung hinausgeht, sondern auch die dem Minister eingeräumte Möglichkeit, jeweils entscheidungsbefugte Gremien allein nach seinem Dafürhalten zusammenzustellen (bspw. § 50, Abs. 1 und 2 – „Berufen“ von außerordentlichen Berufungskommissionen, § 52, Abs. 5 – Einsetzen von Gutachterkommissionen bei Abberufungen) und jedwede getroffene Entscheidung rückgängig zu machen (bspw. § 98, Abs. 4).

Damit wird der gegenwärtige Status der Rechtsunsicherheit an den Hochschulen fortgeschrieben, weil logische Folge ist, daß fast sämtliche anstehenden Entscheidungen an das Staatsministerium delegiert werden, was zu weiteren Verzögerungen führen wird (ob die Entscheidungsfindung auf höherer Ebene von größerer Sachkompetenz begleitet ist, bleibt dahingestellt). Gleichzeitig werden mit dieser Konzentration der Entscheidungen auf das Dresdner Staatsministerium die Hochschulen vor Ort entmündigt und implizit wird ihnen die Fähigkeit abgesprochen, aus eigener Kraft eine Erneuerung herbeizuführen.

Eine konkrete Benennung der Hochschulen des Landes Sachsen, die nach gegenwärtigem Stand unter das Hochschulneuerungsgesetz fallen, unterblieb bedauerlicherweise im vorliegenden Entwurf.



2. Möglichkeiten einer zügigen Erneuerung

Es muß im Rahmen der Erneuerung ein Weg gefunden werden, der es erlaubt, einem (möglicherweise ministeriell zu bestätigenden und u. a. aus Wahlen hervorgehenden) Gremium der jeweiligen Hochschule Vollmachten zu übertragen, durchgreifende Erneuerungsprozesse an der Hochschule einzuleiten und zu vollziehen. Eine ähnliche Zielstellung haben offensichtlich die Personal- und Fachkommissionen (vgl. § 70 Punkte b und c). Fraglich ist hier die Ebene, auf der Personal- und Fachkommissionen wirken sollen; eine hochschulinterne Personal- oder Fachkommission mit je nach zu präferendem Fachbereich wechselnden nichtständigen Mitgliedern scheint viel zu schwerfällig, um in absehbaren Zeiten zu einer gründlichen Erneuerung zu gelangen. Hier sind alternative Entwürfe, die Begutachtungskommissionen auf Fachbereichsebene vorsehen, deutlich überlegen (dort ist die Begutachtung komplexer angelegt, es werden Kommissionen für jeden Fachbereich vorgesehen, die jeweils für Hochschullehrer und für den Mittelbau wirken, es werden in diesen alternativen Entwürfen Überprüfungskriterien vom Konzil festge-

Sieben Anmerkungen zu einem Entwurf

Der Personalrat zum Hochschulneuerungsgesetz (staatsministerieller Entwurf)

legt und ministeriell bestätigt, die weitgehende paritätische Zusammensetzung der Kommissionen geregelt und neben dem entsprechenden Maßnahmenkomplex nach der Beschwerdemöglichkeiten und Rechte des Begutachteten aufgeführt.

Jedenfalls sollte – unbeschadet anderer Zusammensetzungen der Kommissionen – das Entscheidungsrecht (im Gegensatz zu § 70, Abs. d, Ziff. 3) an der Hochschule verbleiben und lediglich im Appellationsfall die Landespersonalkommission bzw. der Minister einbezogen werden. Unbeschadet der Wirksamkeit von Personal- und Fachkommissionen muß es Bedenken hervorrufen, daß in § 70 d, Absatz 1 von vornherein postuliert wird, daß nicht alle Mitarbeiter der Hochschule überprüft werden, sondern eine Kommission entscheidet, wer überprüft werden soll. In genanntem Zusammenhang ist auch die unklare Befristung (§ 70 d, Abs. 6, § 70 f, Abs. 4) sowohl zu präzisieren als auch auf einen möglichst frühen Termin vorzulegen. Dementsprechend wäre in § 70 g ein Termin zu nennen, der nicht nach dem 31. 12. 92 liegen darf (der in den alternativen Entwürfen genannte Termin 31. 8. 91 scheint weitaus erstrebenswerter), und es wäre nachzutragen, daß auch den wissenschaftlichen und sonstigen Mitarbeitern der Universitäten und Hochschulen spätestens bis zum genannten Termin endgültige Mitteilung über ihren weiteren Status zu machen ist.

3. Befristete Arbeitsverhältnisse

Aus dem Hochschulneuerungsgesetz (staatsministerieller Entwurf) geht eine totale Übertragung der an altbundesdeutschen Hochschulen üblichen Stellenplanung hervor; in keiner Weise wird die Spezifik der unter DDR-Bedingungen gewachsenen Hochschullandschaft (ausgeprägter Mittelbau, Vorliegen von in der Regel unbefristeten Anstellungen, Zahl von Ordinarien) berücksichtigt. Die Befristung von Arbeitsverhältnissen wird im vorliegenden Entwurf – allerdings mit Ausnahme der Professoren, vgl. unten Stichwort „Ordinarienuniversität“ – zum absoluten Regelfall erhoben und erhält nun auch – im Gegensatz zur weithin in den Altbundesländern üblichen Praxis – die Dozenten (6 Jahre, § 51, Abs.

enthält; das läßt sich kaum in Einklang mit § 126 bringen, der allerdings gesondeter Erwähnung bedarf.

4. Rechtsstatus gültiger Arbeitsverträge

In § 126, der infolgedessen nur mit „Hochschullehrer“ überschrieben ist, heißt es: „Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter, deren Rechtsverhältnisse nach Maßgabe des Einigungsvertrages zu einem Land fortbestehen, behalten den Status bei, den sie bei Inkrafttreten des Gesetzes hatten.“ Die Gegenformulierung alternativer Entwürfe ist hier aussagekräftiger: „Die Rechtsverhältnisse des wissenschaft-

lich waren. Diese Tatsache kann auch durch die nachfolgende Begutachtung bzw. Evaluierung allenfalls relativiert werden. Ebenso sollten – unter dem Blickwinkel der Erneuerung – gerade angesichts schmerzlicher Erfahrungen der Vergangenheit in den Punkten, die die Anforderungen für ausserordentliche Beförderung wiedergeben (§§ 47, 48), auch solche Minimalanforderungen wie „persönliche Integrität“ oder „Wahrung humanistischen Gedankengutes“ expressis verbis mit genannt sein.

Die Überbetonung der Rolle der Ordinarien läßt sich bspw. auch darin, daß nur Hochschullehrern, nicht aber Angehörigen des Mittelbaus, die Möglichkeit von befristeten Freistellungen eingeräumt wird, und pipelt im § 89, Abs. 5; der gesamte § 89



lichen und künstlerischen Personals bestehen in den vom Freistaat Sachsen – überführten Einrichtungen fort, soweit nicht im Zuge der Begutachtung – anderweitig entschieden wird.“ Unklar bleibt im CDU-Entwurf bei dieser aus Personalratssicht äußerst wichtigen Festlegung, in welchem Sinne der „Status“ beibehalten wird – darunter kann kaum der gegenwärtige Status im Sinne LHD usw. gemeint sein, weil keine Parallelität zu den neuen Mitarbeitergruppen besteht; wahrscheinlicher ist eine Interpretation im Sinne „befristetes versus unbefristetes Beschäftigungsverhältnis“, der zuzustimmen ist, aber deutlicher zu formulieren wäre (z. B. auch im Sinne der anzurechnenden Beschäftigungszeiten). Anders formuliert, darf § 126 nicht zulassen, daß a) – bei negativem Ausgang der Begutachtung – ein Rechtsanspruch auf Weiterbeschäftigung abgelehnt werden kann, und b) bisher gültige Arbeitsverträge, die bspw. einen unbefristeten Status aufweisen und aus denen eine bisherige Beschäftigungsdauer hervorgeht, durch das Hochschulneuerungsgesetz ungültig werden.

Unklar bleibt des weiteren, ob gegenwärtige Arbeitsverträge hinsichtlich ihres „Status“ (bspw. LHD) für die Geltungsdauer des Hochschulneuerungsgesetzes fortgeführt werden sollen und, wenn ja, was mit diesen Arbeitsverhältnissen – auch hinsichtlich ihrer Befristung – nach Annahme eines Landeshochschulgesetzes geschieht.

5. Demokratischer Charakter der Hochschulen

Der Kurs auf die ins Extrem ausgeprägte Ordinarienuniversität ist unübersichtbar (§ 88, Abs. 3 und 5, § 95, Abs. 3, Ziff. 2, § 106, Abs. 3, Ziff. 2 und 4, § 110, Abs. 3, § 110, Abs. 4, Ziff. 3), vor demokratischen Ansätzen wurden offensichtlich bewußt die Augen verschlossen. Ohne in Zweifel ziehen zu wollen, daß bspw. bei Entscheidungen zu Beförderungen, Konzipierung von Forschungsschwerpunkten usw. eine Dominanz der Hochschullehrer einsichtig ist, vermissen wir Formulierungen, die etwa die unterschiedliche oder auch paritätische Repräsentanz der verschiedenen Mitgliedergruppen in Abhängigkeit von der Art der jeweils anstehenden Entscheidung vorsehen. Die mangelnde paritätische Beteiligung der Mitarbeitergruppen bei der Entscheidungsfindung und die Dominanz der Ordinarien erscheint uns auch unter dem Blickwinkel kritisch, daß – gerade für ein Hochschulneuerungsgesetz – nicht außer acht bleiben darf, daß die Ordinarien die wesentlichen Träger der alten Hochschulpoli-

widerspricht demokratischen Wahlgepflogenheiten (Anerkennung von zutreffenden Sätzen nur bei Wahlbeteiligungen über 50 %), erreicht aber sein Maximum darin, daß diese geforderte Wahlbeteiligung bei Hochschullehrern ausgesetzt wird.

Zum demokratischen Charakter der Universität gehört auch die Entscheidungsfindung bei Beschlüssen grundsätzlichen Charakters; die in anderen Entwürfen zum Hochschulneuerungsgesetz vorgeschlagene Form des Hochschulrates als weitgehend basisdemokratisches und paritätisch wirkendes Gremium für Grundsatzentscheidungen, zum organisierten Zusammenwirken von Landesregierung (Staatsministerium, Abgeordnete), Hochschulvertretungen und Gruppenvertretungen scheint vom Ansatz her der Landesrektorenkonferenz (§ 4, Abs. a) oder den recht vagen Formulierungen zum Hochschulrat (§ 124 a) deutlich überlegen.

6. Ausgangsbedingungen der Hochschulen

Die fast ausschließliche Orientierung auf eine vierjährige Regelstudienzeit (§ 8, Abs. 4) trägt nicht den Nachwirkungen des bisherigen Schulbildungssystems Rechnung; die vorliegenden Gegenentwürfe gehen hier für den Übergangszeitraum, für den das Gesetz gemacht ist, mit Regelstudienzeiten von 9 bzw. 10 Semestern weitaus realistischer heran.

7. Rechtsstellung der Aspiranten und Forschungsstudenten

Im ANHANG (Übergangsbestimmungen) reichen die Formulierungen zu den Aspiranten und Forschungsstudenten (vgl. vorn §§ 72 ff.) nicht über die Möglichkeit der Weiterführung der Ausbildung hinaus; unerwähnt bleiben bspw. Möglichkeiten der Angleichung an die neuen Bedingungen (vgl. § 127). Aus Personalratssicht bleibt unklar, warum für Forschungsstudenten oder Aspiranten keine zumindest befristete Einstellung als Kann-Bedingung angeführt wird; der Freistaat Bayern gewährt bspw. B-Aspiranten nach erfolgreichem Abschluß automatisch eine fünfjährige befristete Anstellung. Insgesamt ist die soziale Absicherung der Aspiranten (und Forschungsstudenten) u. E. völlig ungenügend gelöst (Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung usw.).

Personalrat
Hochschulbereich der
Universität Leipzig

Neben der Universität Leipzig, gegründet im Jahre 1409, gibt es im Land Sachsen seit Mitte des vorigen Jahrhunderts auch eine Akademie der Wissenschaften. Es gab sie nach dem, als das Land ab 1952 zwangsweise in Berlin fortlebte. Allerdings wurde in den letzten 20 Jahren die Akademie immer stärker durch vorwiegend praktische Praktiken an die übermächtige Akademie in Berlin angebunden. Mit dem Zwangsstaat von 1971 reichte sie formal ihre Selbständigkeit, mußte aber SED-Parteientscheidungen verbindlich hinnehmen.

Die Kontakte zu den Schwesterakademien in der Bundesrepublik waren, angenommen vom Schriftentausch, gekappt, aber ins Konzept der SED mußte es dennoch, daß die Akademie wie die Berliner Sitz und Stimme in der Dachorganisation der Akademien, in der Union académique

nasser bestellte neue Präsidium stellte sich erstmalig öffentlich vor. Der 5. Präsidium seit Einführung der Präsidialverfassung im Jahre 1940 in der Geschichte der Gelehrtengesellschaft ist der Leipziger Geograph Günter Haase. Ihm zur Seite stehen als Vizepräsident der Rechtshistoriker Rolf Lieberwirth aus Halle und die in Leipzig ansässigen Sekretäre Herbert Becker und Rudolf Große. Präsident Haase dankte seinem Amtsvorgänger Prof. Dr. Werner Bahner für seinen Einsatz, steckte die Aufgabenfelder für die zukünftige Arbeit ab, gedachte der im Berichtszeitraum verstorbenen Mitglieder und gab die Namen der am 8. Februar zugewählten ordentlichen Mitglieder bekannt.

Damals befindet sich der Dozent an der Theologischen Hochschule Leipzig und Dezernent für Archivwesen im Sächsischen Innenministerium, Prof. Dr. Karl-

Ziel ist: wieder ein geachteter Platz

Sächsische Akademie der Wissenschaften legte auf Frühjahrssitzung zukünftige Aufgabenfelder fest

internationale in Brüssel hatte.

Um die Jahrhundertwende war die Sächsische Akademie als die kleinste im „Kartell der deutschsprachigen Akademien“ anerkannt und sogar Gastgeber oder „Vort“, wie es damals hieß, für die Tagungen, auf denen die großen Gemeinschaftsunternehmungen, wie der Thesaurus linguae Latinae, geplant wurden, und an denen sie maßgebend beteiligt war.

Heute strebt die Akademie wieder einen geachteten Platz im Konzert der deutschen Akademien an, die sich nach dem zweiten Weltkrieg im Westteil Deutschlands nicht mehr im Kartell, sondern in der „Konferenz der deutschen Akademien“ zusammengeschlossen haben. Nur formale Gründe verhinderten noch den Beitritt zur nationalen Dachorganisation.

Am 19. April fand in der Alten Böse am Naschmarkt die Öffentliche Frühjahrssitzung der Sächsischen Akademie statt, die ursprünglich an Leibniz' Geburtstag erinnern sollte. Unter den zahlreichen Gästen befanden sich auch der Minister für Wissenschaft im Freistaat Sachsen, Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer, der Leiter der Außenstelle Berlin des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, Dr. Ernst-Hinrich Weber, und der Rektor der Universität Leipzig, Prof. Dr. Cornelius Weiss.

Das am 8. März gewählte und vom Mi-

heinz Blaschke. Mit ihm erhält die bürgerliche Landesgeschichtsforschung wieder einen Platz in der Akademie, deren Ruf sein akademischer Lehrer Rudolf Kötzsche vor Jahrzehnten begründet hatte. „Meine Wahl“, so Blaschke im kurzen Statement, „verdanke ich nicht meinen wissenschaftlichen Leistungen, sondern dem Menschen, die im Oktober 1989 in Leipzig, von der Nikolaikirche ausgehend, auf die Straße gegangen sind.“ Nach 20 und mehr Jahren konnten Fischer wie Kirchengeschichte durch Kurt Nowak, Ägyptologie mit Elke Blumenthal und Klassische Archäologie von Eberhard Paul – alle lehren und forschen an der Universität Leipzig – endlich wieder an der Akademie besetzt werden. In die mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse wurden aus Leipziger Sicht der Pathologe Gottfried Geiler und der Diabetologe und Schüler des Internisten Max Bürger, Dieter Löbmann, aufgenommen.

Durch die Fülle der Informationen geriet der Vortrag von Frau Prof. Dr. Dagmar Hülsmann (TH Ilmenau) etwas in den Hintergrund, zumal er sehr speziell für den gebildeten Laien nur schwer nachvollziehbar war. „Glas in der Makrotechnik“, kein Zwickel, wird künftig an Bedeutung gewinnen.

Dr. GERALD WIEMERS

Mit einem Fulbright- Stipendium in die USA

Informationen zum Studenten- und
Dozenten Austausch

Im Oktober und Dezember 1990 hatte die Fulbright-Kommission (Kommission für den Studenten- und Dozenten Austausch zwischen der BRD und den USA) den ostdeutschen Hochschulen das Fulbright-Programm vorgestellt und die Reisestipendien für 1991/92 ausgeschrieben. Diese erste Kontaktaufnahme hat zu etlichen Bewerbungen für die Sonderprogramme geführt, und die ersten Stipendiat(innen) aus ostdeutschen Hochschulen reisten am 1. Mai 1991 in die USA.

Die Zuweisung von amerikanischen Fulbright-Stipendien (Wissenschaftler und Studenten) für das Studienjahr 1991/92 an Hochschulen in den neuen Bundesländern ist im wesentlichen erfolgt.

Im Hinblick auf die Förderung von deutschen Wissenschaftlern möchte die Kommission vorab auf das verbreitete Mißverständnis hinweisen, IREX und Fulbright seien identisch (da früher innerhalb einer einzigen DDR-Behörde durchgeführt). Die IREX-Programme als halb-staatlich-halb-private amerikanische Initiativen in den osteuropäischen Ländern sind mit Wirkung vom Oktober 1990 eingestellt worden und können im Rahmen der Regierungsvereinbarungen nicht fortgeführt werden. Fulbright-Stipendien für deutsche Wissenschaftler stehen zur Zeit nur in Form von Reisestipendien zur Verfügung; Aufenthaltsstipendien für Forschung und Lehre können vorerst unter dem Fulbright-Programm nicht gewährt werden.

Nähere Informationen und Antragsformulare sind über das Sekretariat der Fulbright-Kommission in Bonn erhältlich (Theaterplatz 1 A, W-5300 Bonn 2).

Weitere Auskünfte können im Akademischen Auslandsamt der Leipziger Universität im Hauptgebäude am Augustusplatz eingeholt werden.

In einer der nächsten UZ werden die Teil- und Vollstipendien zum Studium in den Vereinigten Staaten im akademischen Jahr 1992/93 veröffentlicht.

Friedrich-Naumann-Stiftung unterstützt Studium

(ADN) Die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung hat an 28 Studenten und zwei Doktoranden aus den neuen Bundesländern und Ostberlin Stipendien vergeben. Von den Stipendiaten studieren zehn an Universitäten und Hochschulen in Ostberlin, zehn in Sachsen, fünf in Thüringen, je zwei in Brandenburg und Sachsen-An-

halt und einer in Schleswig-Holstein. Im November vergangenen Jahres hatte die Stiftung bereits zehn Stipendien an ostdeutsche Studenten vergeben.

Im Unterschied zu Bafög müssen die Stipendiaten nicht zurückgezahlt werden. Außerdem erhält jeder monatlich 150 Mark Büchergeld.